

abzulesen. Zuständige Stellen sehen den Vorschlag als einen neuen Versuch Frankreichs an, die Abrüstung zu umgehen. Washington sei durch dieses alle Mächte nicht überredet. Auch bei den Führern des Kongresses sind die französischen Vorschläge durchweg auf unfruchtbaren Boden gefallen.

In der englischen und italienischen Presse findet der französische Vorschlag mit weniger Ausnahme Ablehnung. „Morning Post“ bemerkt, es sei schließlich kein Unterschied, ob man von den Flugzeugen des Völkerbundes oder von den Flugzeugen einer einzelnen Nation mit Bomben beworfen werde.

Der deutschen Sozialdemokratie dagegen blieb es wieder einmal vorbehalten, in diesem französischen Entwurf einen „großen Gedanken“ zu entdecken. Der „Vorwärts“ bezeichnet alle die Leute als „dumm“, die es wagen, diesen Gedanken „zu verschimpfen und zu verwerfen.“ Dann orakelt das sozialdemokratische Organ über die Notwendigkeit eines starken Völkerbundes und verteidigt sich zu dem klassischen Satz: „Dass dieser starke Völkerbund nicht einer Macht oder Mächtegruppe, sondern gleichzeitig allen dienen muß, versteht sich von selbst.“ Nur beim Standpunkt des „Vorwärts“ versteht sich dies „von selbst.“ Denn wir wissen doch genau, daß dieser Völkerbund lediglich ein Instrument des französischen Machtwillens ist und bleiben wird. Wer ihn stärkt, der stärkt damit den französischen Imperialismus. Es ist nicht das erste Mal, daß die deutsche Sozialdemokratie dem französischen Raubkapitalismus politische Zutreiberdienste leistet. Die alte Erfahrung, daß die deutsche Sozialdemokratie zwar die „eigenen Militaristen“ bekämpft und beschimpft, dafür aber ein um so willfährigeres Werkzeug des französischen Militarismus ist, bestätigt sich bei dieser Gelegenheit. Der Reichstanzler ist wahrlich um diesen Bundesgenossen in seinem schweren Kampf um Deutschlands Recht nicht zu beneiden. Wenn eine deutsche Partei es wagt, angesichts dieser französischen Herausforderung dem Kanzler nichts weiter als Verständigungsbereitschaft zu empfehlen, dann ist sie politisch gerichtet. Es zeigt sich wieder einmal, wie verderblich es auch für die deutsche Außenpolitik ist, daß die innenpolitische Klärung, nicht zum wenigsten durch Brünings Schuld, immer wieder hinausgeschoben wurde.

Skandal um Genf.

Wiener Kongress in zweiter Auflage.
Genf, 7. Febr. (Metro-Press.)

(M. P.) Die Genfer Abrüstungs-Konferenz steht wahrlich nicht unter einem besonderen Glücksstern. Raum hat man sich an die martialischen Nebengeräusche, die aus dem Fernen Osten herüberdrönen, einigermaßen gewöhnt, ist ein Skandal losgebrochen, der nicht nur in der Genfer Bevölkerung, sondern auch — und dies sei dankbar festzustellen — bei einem großen Teil der offiziellen Delegierten eine ungeheure Empörung ausgelöst hat.

Die Genfer Zeitung „Le Travail“ hat in einem aufsehenerregenden Artikel aufgedeckt, daß die Genfer Behörde gegen die bestehenden Gesetze dem größten „Pariser Salon“ für die Dauer der Abrüstungs-Konferenz die Bewilligung erteilt hat, mit allen Inhaftierten nach Genf zu übersiedeln. Der Widerhall, den dieser Artikel in Konferenz-Kreisen gefunden hat, war eine solche Entrüstung, daß die meisten Delegierten erklärten, daß es sich hier offenbar

um ein schweres Komplott gegen die Abrüstungs-Konferenz handle, die man auf diese widerliche und geschmacklose Weise diskreditieren und torpedieren wolle.

Man ist umso mehr empört, als man weiß, daß Häuser ähnlichen Charakters in Genf, der Stadt Calvin und strengstem Puritanismus, durch das Gesetz verboten und Ubertretungen auf das schwerste geahndet werden. Es bedurfte also einer ganz besonderen Bewilligung, die unter normalen Umständen auf keinen Fall zu erlangen gewesen wäre, wenn dieses Haus eröffnete konnte.

Von behördlicher Seite fuhr man sofort mit der Dementierpräge auf, aber die Dementis waren so zögernd gehalten, daß es klar wurde, wieviel es geschlagen hat. Die Journalisten setzten sich sofort in Bewegung und die „Pariser „Denison“ Massot mit ihren Gel-Truppen war bald auf einem der elegantesten Boulevards von Genf entbezt.

Ein in Genf anwesender Journalist, die Wahrheit festzustellen. Der Salon Massot besteht, und zwar mit ausdrücklicher Bewilligung der Behörden.

Nach außenhin eine bürgerliche Pension, die aber dauernd voll besetzt ist, öffnet sie gegen Konferenz-Teilnehmerlegitimation ihre Pforten und zeigt ihren wahren Charakter. Auf Befragen erzählte die Pensionsmutter, daß sie nur für die Dauer der Konferenz nach Genf übergesiedelt wäre.

„Ist es für Sie nicht zu gefährlich? Das Gesetz von Genf verbietet ja solche Häuser.“ fragte der Journalist.

Die Pensionisten-Inhaberin antwortete lachend: „Aber mein Herr, wie könnte ich so eine Gefahr auf mich nehmen. Ich habe selbstverständlich eine spezielle Erlaubnis von den Genfer Behörden und darf hier während der ganzen Abrüstungs-Konferenz mein Unternehmen führen.“

Die Feststellungen des Journalisten haben in Konferenz-Kreisen wie eine Bombe eingeschlagen. Man darf ohne Ubertreibung behaupten, daß dieser Skandal unter den Delegierten furchtbar deprimierend gewirkt hat. Man sieht darin einen Versuch, nach den geschichtlich gewordenen Methoden des Wiener Kongresses, die Konferenz zu torpedieren und bedauert es, daß die Genfer Behörden sich zu dieser Geschicklichkeit haben bewegen lassen.

Gerüchte wollen wissen, daß dieser schwerwiegende Entschluß zur Erstellung der „Sondererlaubnis“ von den Genfern auf ausdrückliches Verlangen des Vertreters einer Großmacht erfolgt sei. Wie immer aber die Vorgeschichte dieser peinlichen Sache gewesen sein mag, man wird sich entschließen müssen, „Mutter Massot“ und ihre Truppen bald zurück in die Pariser Rue Savoie zu verfrachten, wo sie schließlich zu Hause sind.

Schwere Unruhen im indischen Kaschmir.

Jamu, 7. Febr. (Reuter.) Im Kaschmirgebiet kam es heute in verschiedenen Orten zu ersten Zusammenstößen zwischen Demonstranten einerseits und Polizei und Militär

andererseits. Von den Demonstranten wurden zwei durch Schüsse getötet, auch ein Polizist wurde erschossen. Die Zahl der Verletzten ist noch unbekannt. 72 Personen wurden verhaftet.

Die Chinesen hatten die Wulung-Forts.

Paris, 7. Febr. (Draht.) Wie die Agentur Indopacifique aus Schanghai meldet, weht die chinesische Flagge immer noch über den Wulung-Forts, die von japanischen Flugzeugen neuerdings bombardiert wurden. Man vermutet, daß ein Teil der 10. chinesischen Armee sich in den Forts verschanzt. Zwei neue japanische Kriegsschiffe sind vor Wulung aufgetaucht.

Schanghai, 7. Febr. (Reuter.) Die Vorhut der von Tokio auf den Weg getragenen Division, 900 Mann, wurde heute nachmittag außerhalb der Wulung-Forts gelandet. Kurz darauf wurde von den japanischen Zerstörern mit Unterstützung der beiden an Land gelandeten Mannschaften sowie mehreren Panzerautos das Feuer auf die Festung Wulung eröffnet. Infolge der zerstörten Brücke über den Wulung-Bucht konnten die Panzerautos nicht bis ins Dorf vordringen, sie beschränkten sich auf eine heftige Beschleudung der von den Chinesen mit äußerster Tapferkeit verteidigten Ortsgasse. Die Zivilbevölkerung, zum Teil arme Fischer, flüchtete panikartig.

Russische Vorstöße in Wladiwostok.

Tokio, 7. Febr. (Reuter.) Die russischen Truppenbewegungen und auch Munitionstransporte haben nach einem Bericht des japanischen Generalkonsuls in Wladiwostok an das Auswärtige Amt zugenommen. In Wladiwostok selbst herrscht Kriegsatmosphäre. Der Generalkonsul sagt allerdings, die russischen militärischen Operationen sind lediglich als Vorstöße gegen die Wehrkräften auf, die in großer Zahl verhaftet und deportiert werden, da die Gefängnisse bereits überfüllt seien. Von einer Truppenansammlung an der mandschurischen Grenze könne keine Rede sein.

Die Stahlhelmführer und die Arbeiterfrage.

Magdeburg, 7. Februar. (Eigene Meldung.) Auf der Jahreshauptversammlung der Stahlhelmselbsthilfe sprachen heute die beiden Bundesführer des Stahlhelms über die Arbeiterfrage vom Stahlhelmstandpunkt aus. Franz Seidte sagte, das große Klein allen Tributzahlungen gegenüber sei von einem deutschen Reichstanzler ausgesprochen worden und werde in diesen Tagen wiederholt werden. Dieses Klein müsse von der ganzen Nation durchgehalten werden.

Der Stahlhelm sah nach Seidte die Arbeiterfrage nicht als eine Lohnfrage, sondern als eine seelische Frage auf. Aus der Lehre eines organischen Staatsaufbaues entwickelte der Stahlhelm ein deutsches Reich, in dem niemand in der Tiefe bleiben würde, der durch seine Befähigung zum Befehlen geboren sei, in dem niemand Befehle, der durch seine Begabung nicht dazu berufen sei. Seidte entwickelte dann einige interessante Gedanken, wie er sich

im kommenden Deutschland die Wertung des Bürgers denkt. Er sagte: „Bürger ist der, der in Deutschland arbeitet und schafft. Der soll eine Stimme haben. Und wer über eine solche treue Berufsarbeit hinaus noch freiwillig sich zeitweilig in den Dienst des Staates stellt, der erhalte den Titel Staatsbürger und damit eine zweite Wahlstimme. Wer aber als freier Mann sich selbst mit seiner Existenz und seiner Waffe bis in die hohen Mannesjahre hinein wehrwillig und wehrfähig dem Lande zur Verfügung stellt, der erhalte in unserem neuen Reich den Rang und Titel eines Wehrbürgers und eine dritte Stimme, um seiner Person und seinem wertvollen Worte Ausdruck und Gewicht in den entscheidenden Fragen des Vaterlandes geben zu können.“

Oberstleutnant a. D. Düsterberg sprach über das Thema: Ohne staatliche Freiheit keine soziale Freiheit. Der deutsche Arbeiter müsse heute zu der Auffassung kommen, daß das Los der deutschen Arbeiterschaft ohne eine Befreiung von jeglichen Tributen und von jeglicher Verzinsung der zu ihrer Bezahlung aufgenommenen Anleihen nicht verbessert werden kann. Zum Schluß sprach Düsterberg über die Genfer Abrüstungskonferenz. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die deutschen Vertreter in Genf die Gleichberechtigung Deutschlands fordern werden. Falls uns dies nicht gewährt wird, so schloß der Redner, so hoffen wir, daß die deutsche Abordnung in Genf die Verletzung des Diktats von Versailles durch die sogenannten Siegerstaaten feststellt und daß dann Deutschland die Folgerung zieht, die jedes Land in dieser Notzeit für sich in Anspruch nimmt, die Sicherung aus eigener Kraft.

Die Deutschnationalen zur Lage.

Völlige Einmütigkeit in der Frage der Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 7. Febr. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Sonnabendnachmittag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Obersohn eine Sitzung ab, über deren Verlauf die deutschnationale Pressestelle folgendes mitteilt:

„Die deutschnationale Reichstagsfraktion beschäftigte sich mit der politischen Lage. Die Ansprache wurde in völliger Einmütigkeit geföhrt. Gegenüber den falschen Behauptungen in der Cantspreffe heißt der Vorsitzende fest, daß auch in der zurückliegenden Zeit irgendwelche Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Reichspräsidentenwahl weder in der Fraktion noch in der Partei bestanden haben.“

Schutz der Forstwirtschaft.

In der Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion wurde ferner bei der Besprechung der Not in der Forstwirtschaft die Jollerhöhung nur für Hartholz als ungenügende und einseitige Maßnahme bemängelt und betont, daß bei rechtzeitiger Erfüllung der alten deutschnationalen Forderungen der Einfuhrzölle und Kontingentierung das Glend in der Holzwirtschaft hätte vermieden werden können. Zum mindesten müßten als Sofortmaßnahmen ein Valutazuschlag für Holz und Holzzeugnisse, insbesondere Papierholz, gegen Länder ohne Goldwährung, wirksame

Maßnahmen gegen das russische Holzdumping besonders in der Frage der Konfigurationslager und Abnung der Bindung für die Schnittholzpreise gegen Schweden gefordert werden.

Empörung über den russischen Rechtsbruch.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung am Sonnabendabend ferner folgende Entschließung geföhrt: „Die deutschnationale Reichstagsfraktion nimmt mit Empörung und Schmerz von den Nachrichten über den russischen Rechtsbruch im deutschen Memelland Kenntnis. Sie fordert von der Reichsregierung, daß sie die schärfsten Schritte zum Schutz des Deutschtums gegen die Rechtsbrüche unternimmt und sich nicht nur mit leeren Protesten beim Völkerbund begnügt.“

Die Vertreter des Judentums beim Reichsinnenminister.

Berlin, 7. Febr. Der Reichsinnenminister empfing die Vorsitzenden des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Justizrat Dr. Julius Brodth und Rechtsanwalt Dr. Bruno Weil und Senator Dr. Alfred Wiener, in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden der Reichsarbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände, Kammergerichtsrat Wolf, dem Vorsitzenden des Reichsbundes jüdischer Frontkämpfer, Dr. Leo Roewenstein, und dem Staatssekretär Professor Dr. Julius Hirsch. Die Herren trugen dem Minister Klagen über die nationalsozialistische Agitation gegen den jüdischen Teil der deutschen Bevölkerung vor; sie wiesen auf die in jüdischen und nichtjüdischen Kreisen hierdurch erzeugte Unruhe und die möglichen Folgen für Ruhe und Sicherheit hin.

Erklärung der Reichsleitung der Wirtschaftspartei.

Die Reichsleitung der Wirtschaftspartei erklärt, daß die Gründe für den Uebertritt Dr. Webers zu den Deutschnationalen sehr „realer Art“ seien. Weber habe sich finanziell bei einer Zeitungsgründung engagiert und sei in finanzielle Abhängigkeit von einer Partei geraten, die seiner jetzigen Partei (den Deutschnationalen) sehr nahesteht. In der Tat sind, wie wir hierzu aus Dresden erfahren, Weber und Kaiser stark an der Mittelständischen Verlagsgesellschaft G. m. b. H. in Dresden beteiligt, die den „Sächsischen Kurier“ herausgibt. Beide sind auch im Aufsichtsrat der Gesellschaft, so daß es noch zweifelhaft ist, welchen Kurs dieses wirtschaftsparteiliche Organ künftig steuern wird; den der Wirtschaftspartei oder den der Wirtschaftspartei. Im übrigen betont die Reichsleitung der Wirtschaftspartei, daß beide Abgeordnete bindende Zusicherungen über ihre Mandatsüberlegung bei einem Parteiwahl gegeben hätten.

Eine Gegenerklärung Dr. Webers.

Dr. Weber teilt Wolffs Sächsischem Landesdienst mit, daß die in der obigen Erklärung enthaltenen Behauptungen vollkommen unrichtig seien. Weber befinde bei ihm „eine finanzielle Abhängigkeit von einer Seite, die seiner jetzigen Partei sehr nahe stünde, noch seien ihm für den Fall seines Uebertritts von deutschnationaler Seite ganz bestimmte bindende Zusicherungen gemacht worden.“ Die Gründe für seinen Uebertritt seien lediglich politischer Natur und darin zu suchen, daß die jetzige Politik der Reichsleitung der Wirtschaftspartei in vollem Gegensatz stehe zu den Interessen des Mittelstandes. Wie Dr. Weber weiter mitteilt, ist es nicht richtig, daß er bei seiner letzten Wahl zum Abgeordneten eine ehrenwörtliche Erklärung abgegeben habe, sein Mandat für den Fall eines Austritts aus der Partei niederlegen zu wollen. Eine solche Erklärung habe er nur einmal gelegentlich einer früheren Wahl abgegeben. Bei den letzten beiden Landtagswahlen jedoch bestimmt nicht. Im übrigen werde er jedoch die Frage der Niederlegung seines Mandats den Organisationen des Handwerks zur Entscheidung überlassen.

Aus der Oberlausitz.

Blüchterswerda, 8. Februar.

Forderung der Herabsetzung der Fernsprechgebühren.

Die Geschäftsstelle Bauhen des Reichsverbandes der Fernsprechteilnehmer Deutschlands e. V. teilt uns mit, daß der Verband am 1. 2. 1932 erneut mit einem Schreiben an die Reichsregierung herantreten ist mit der Forderung: 1. Um Herabsetzung der Fernsprechgrundgebühr um 50 Proz. oder Anrechnung der Grundgebühr auf die Gesprächskosten. 2. Rabatte für Häufigsprecher prozentual gestaffelt. 3. Herabsetzung der Gebühren für Ferngespräche um 5-10 Pennige. 4. Vorübergehende kostenlose Abmeldung des Anschlusses bis zu 6 Monaten ohne Gebühr in dieser Zeit mit der Möglichkeit, von anderen Fernsprechteilnehmern angerufen werden zu können.

Außerdem hat der Verband für die Benutzer von Privattelefonen an den Herrn Reichskommissar Dr. Goerdeler einen offenen Brief gerichtet, in welchem um Herabsetzung der hohen Telefonmieten und Verringerungen der Wertungsverträge für Privattelefone gebeten wird. Den Forderungen des Reichsverbandes der Fernsprechteilnehmer Deutschlands e. V. haben sich die Spitzenorganisationen des Reiches von 160 Interessentenverbänden des Groß- und Kleinhandels, der Industrie, des Gewerbes, der freien Berufs- und sonstigen Interessengruppen mit über 1 Million Mitgliedern angeschlossen.

Folgende Fundgegenstände wurden in hiesiger Postzeitung abgegeben: eine gut erhaltene braune Mantel- und eine Kinderhandtasche. Berufsträger können sich in der Postzeitung melden.

Keine Volksabstimmung 1932. Der Reichswirtschaftsminister hat mitgeteilt, daß im Hinblick auf die schwierige Finanzlage bei Reich, Ländern und Gemeinden eine Volksabstimmung im laufenden Jahre nicht stattfinden könnte. Die Abstimmung war eigentlich schon 1925 fällig, ist aber dann zurückgeschoben worden. Der Stand der Tierzucht in Sachsen. Nach dem amtlichen Bericht des Landesgesundheitsamts über den

Stand
1. Febr.
5, 7, 8)
(6, 6, 6
ändert.
Das
Einfach
den D
gänge
vom 1
währen
Handels
gangen
tagstar
10. Mär
bahn an
allen B
nach De
Tagesst
1,50 RM
läuft.
farte w
ermäßig
Die G
gebener
von 0 L
Tages -
De
veranli
vergnü
Bage, f
zu bere
gute S
prelle
Nähere
Cel
Ordnun
Donner
Rudolf
schaft f
und En
erbrück
ten Gel
Wolker
Rödius
die Gen
Ritglied
1 200 00
breit b
Verkauf
Virma
weber
Verlauf
Genosse
bilde d
teiler
der bro
mann-G
gliedch
mer des
flug S
sten, w
de Her
herren
hatten.
Ba
hielt an
lung ab
Borfiger
lang ein
ding, d
chaftlich
der die
nen, u
stledern
volstwich
schuld d
Der Wo
weife an
rungsan
Obbau
tungen
nicht ein
reichen
stellen r
noch im
wohl al
wiederch
Pflanzu
Dünun
immer
soll, zeit
selbst a
druckvo
zung, d
singebe
Oberleh
konnte,
mitglied
auch sek
zeichnen
Ausfüh
Wille, d
dazu ve
Markt z
Dr. Sie
aus der
Nachden
über die
lieber d
nächsten
Ob
Reuter.